

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

76. Sitzung
20. Mai 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 15.22 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) repräsentiert.

Überdies sind Frau Gerlach, Leiterin der Abteilung III, zuständig für Justizvollzug und Strafrecht (SenJustV); Frau Grohmann, Leiterin der Abteilung Zentraler Service, zuständig für Personal, Haushalt, Organisation der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden, Steuerungs- dienst, Personal- und Organisationsentwicklung (SenJustV), und Herr Dr. Heuer, Fachreferent in der Abteilung III (SenJustV) anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordneten- hauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abge- ordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen die- ser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) beantwortet diese

sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zu Todeslisten und Kopfgeldauslobungen der türkisch-kurdischen Gewaltnetzwerke ‚Daltons‘, ‚Ezgins‘, ‚Caspers‘ und ‚Sirinler‘ gegen Berliner Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Richterinnen und Richter vor (Quelle: B.Z. vom 18. Mai 2026)?“
(AfD-Fraktion)
- „Wie bewertet der Senat den unter dem Titel ‚Rettet den Rechtsstaat‘ vom Deutschen Richterbund veranstalteten Justizkongress in Weimar vom 15. bis 17. April 2026, insbesondere im Hinblick auf die Überlastung und den Personalmangel in der Justiz, die allgemeine Bedrohung des Rechtsstaates sowie den Einsatz digitaler und KI-gestützter Tools in der Justiz und welche Ergebnisse wurden konkret festgehalten?“
(SPD)
- „Wie bewertet der Senat das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit der gesteigerten Schusswaffenkriminalität?“
(CDU)
- „Wie ist der Stand der Umsetzung der im novellierten ASOG geregelten Weitergabe personenbezogener Daten gewaltausübender Personen durch die Polizei an nicht-öffentliche Stellen, zum Beispiel an die Servicestelle Wegweiser?“
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Wie hoch ist der Anteil des Justiz-Ressorts an den hauptstadtbedingten Sonderbelastungen Berlins und wie werden diese im Hauptstadtfinanzierungsvertrag berücksichtigt? Wie ist die Entwicklung?“
(Die Linke)

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2958
**Zweites Gesetz zur Änderung von Berliner
Justizvollzugsgesetzen**

[0296](#)
Recht

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.03.2026

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Diese Gesetzesvorlage des Senats habe bereits auf der Tagesordnung der 73. Sitzung am 25. März 2026 in Verbindung mit einer Anhörung gestanden. Der Punkt sei dann vertagt worden. Das Wortprotokoll der vorgenannten Sitzung liege vor und sei den Mitgliedern des Ausschusses am 11. Mai 2026 übermittelt worden. Es könne heute ausgewertet werden.

- Diese Gesetzesvorlage sei bereits in der vorgenannten Sitzung durch den Senat erläutert worden.

Im Rahmen der Beratung wertet der Ausschuss das Wortprotokoll aus.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD, dem Plenum zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2958 – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Gerichtliche Mediation – wie erfolgreich sind
Güterichterverhandlungen in Zivil-, Arbeits- und
familiengerichtlichen Verfahren?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0265](#)
Recht

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesem Punkt die Vorsitzende Richterin am Landgericht II und Güterichterin, Frau Johanna Felicitas Koch, anwesend sei und für die Beantwortung von Fragen des Ausschusses zur Verfügung stehen könne. Der Ausschuss beschließt daraufhin einvernehmlich, spontan eine Anhörung nach § 28 Abs. 1 GO Abghs durchzuführen.

Frau Abg. Dr. Vandrey (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Besprechungsbedarf.

Der Ausschuss hört die Vorsitzende Richterin am Landgericht II und Güterichterin, Frau Johanna Felicitas Koch, an.

Nach der Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenbergl (SenJustV) Stellung nimmt, schließt der Ausschuss die Besprechung zu Punkt 3 der Tagesordnung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt an, dass er im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung einberufen werde.

Die nächste 77. Sitzung findet am Mittwoch, den 3. Juni 2026, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey